

Einführung in das Schwerpunktthema

Gender und Nachhaltigkeit zusammen-denken: Warum wir eine feministische Perspektive brauchen

Von Katja George, Santje Kludas, Nina Prehm und Clara Wolff

In ihrem Koalitionsvertrag vom März 2018 bekennt sich die deutsche Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD sowohl zur Geschlechtergerechtigkeit als auch zu einer nachhaltigen Entwicklung: „Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Frage der Gerechtigkeit. Sie ist Voraussetzung und Motor für nachhaltige Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft, national und international“ (Koalitionsvertrag 2018). Auch wenn die Regierungskoalition den Zusammenhang zwischen beiden Querschnittsthemen benennt, bleibt sie es schuldig, konkrete Vorschläge zu präsentieren, wie Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit zusammengedacht werden können.

Genug gesellschaftliche und ökologische Probleme drängen nach einer Lösung: Arbeit wird prekariert und flexibilisiert, Menschen verlieren durch Automatisierung ihren Arbeitsplatz – eine soziale Krise entsteht. Gleichzeitig offenbarte die globale Finanzkrise 2008 das Versagen der neoliberalen Institutionen. Das führte zu einer Krise der Demokratie und der Generationen. Verlorene Artenvielfalt, der Klimawandel, Nahrungskrisen und Degradierung der Böden verschärfen die ökologische Krise. Bisherige politische und wirtschaftliche Lösungsansätze betrachten diese sozial-ökologische Krise und ihre Ursachen nur verkürzt.

Bereits seit den 1970er Jahren kritisiert die feministische Ökonomik die verkürzte Sichtweise ökonomischer Theorien (Bauhardt et al. 2010). In der kapitalistischen Marktökonomie wird Arbeit synonym mit produktiver, bezahlter Arbeit verstanden. Reproduktive Arbeit wie Kochen, Putzen, Kinderbetreu-

ung und Altenpflege werden von der ökonomischen Sphäre marginalisiert und externalisiert. Diese Arbeiten werden bis heute sowohl im Privaten als auch in öffentlichen Einrichtungen überwiegend von Frauen übernommen (Ferrant 2014). Dieselbe Form der Externalisierung findet im Hinblick auf ökologische Reproduktivität statt.

Sozial-weibliche und ökologische Reproduktivität sind jedoch die Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftens. Ohne Pflege und Erziehung gibt es keine fähigen Arbeiter/innen. Ohne ökologische Ressourcen sind globale Warenströme nicht möglich. Durch permanentes Wachstum werden menschliche Sorgekapazitäten und ökologische Ressourcen immer intensiver genutzt. Wir stehen vor einer Krise der Sorge und der gesellschaftlichen Umwelt- und Naturverhältnisse (Floro 2012). Eine feministische Perspektive auf Nachhaltigkeit deckt die parallele Dynamik hinter der Übernutzung sozialer und ökologischer Kapazitäten auf – die doppelte Krise der Reproduktion.

Nachhaltigkeit kann als Leitbild für Lösungsansätze beider Problemdimensionen im Sinne der geforderten Geschlechtergerechtigkeit dienen. Laut des Brundtland-Berichts beinhaltet eine nachhaltige Entwicklung, „dass die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt werden, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen“ (Hauff 1987). Diese Definition verlangt sowohl inter- als auch intragenerationelle Gerechtigkeit und in- folgedessen Geschlechtergerechtigkeit. Alternative Visionen von Arbeit und Wirtschaft, die zu einer nachhaltigen Entwicklung führen sollen, müssen daran gemessen werden, inwieweit sie reproduktive Tätigkeiten wertschätzen.

Insbesondere feministische Ökonom/innen und Theoretiker/innen widmeten sich den sozialen Verhältnissen und hinterfragen Machtstrukturen unseres jetzigen Wirtschaftssystems. Damit liefern sie Einsichten zu der Frage, wie die doppelte Krise überwunden werden kann. Diese Ausgabe von *Ökologisches Wirtschaften* zeigt in unterschiedlichen Artikeln, warum Nachhaltigkeit und Gender zusammengedacht werden müssen, und weist auf blinde Flecken in bisherigen Debatten hin. Sie bietet einen Einblick in die Facetten der beiden

Querschnittsthemen und zeigt, an welchen Stellen diese zusammengedacht werden können.

Lisa Weinhold wirft in ihrem Beitrag einen feministischen Blick auf die Unzulänglichkeiten der Mainstream-Ökonomie und stellt die Care-Seite der Wirtschaft in den Mittelpunkt. In Bezug auf die Krise der sozialen Reproduktion erläutert sie die alternativen Erklärungsansätze der feministischen Ökonomie. Diese bietet einen notwendigen Perspektivenwechsel an, der die menschlichen Lebensinteressen wieder ins Zentrum politischen und ökonomischen Handelns rückt.

Deborah Ruggieri führt Weinholds Gedanken fort und zeigt, dass die feministische Ökonomie die Sicht auf Leerstellen in der klassischen Ökonomie freigibt. Vor allem in wirtschaftspolitischen Initiativen, Kommissionen und Ausschüssen ist ein neues ökonomisches Narrativ überfällig.

Dass die Geschlechterperspektive ein grundlegender Entscheidungsaspekt für die Klimapolitik sein muss, verdeutlicht **Ulrike Röhr** in ihrem Artikel. Dabei geht sie auf Unterschiede im globalen Süden und Norden ein. Röhr konstatiert, dass weiter erforscht werden müsse, wie sich die Auswirkungen des Klimawandels geschlechtsspezifisch unterscheiden.

Francesca Schmidt beschreibt die Genderaspekte der Digitalisierung. Mechanismen wie sexualisierte digitale Gewalt schließen bestimmte Personengruppen von der Teilnahme am digitalen Raum aus, was im Widerspruch zu einer nachhaltigen Digitalisierung steht. Die Ausschlüsse folgen denselben Diskriminierungsschemata, die auch außerhalb der digitalen Sphäre zu beobachten sind.

Wie Gender und Nachhaltigkeit als Querschnittsthemen zusammenwirken zeigen **Clara Wolff**, **Santje Kludas** und **Nina Prehm**. Sie setzen sich damit auseinander, wie ein erweitertes Konzept von Arbeit und Umverteilung von Wohlstand einen gendergerechten und ökologisch nachhaltigen Gesellschaftsvertrag ermöglichen.

Zusammengenommen zeigen die Artikel, dass sich Ziele zur Verbesserung beider Gesellschaftsaufgaben nicht per se ausschließen, sondern vielmehr, inwiefern sich die Debatten um Gender und Nachhaltigkeit gegenseitig befruchten können und sollten.

In dieser Schwerpunktausgabe nutzen wir die gendergerechte Schreibweise in der „Schrägstrich-Variante“, mit der Männer und Frauen angesprochen werden. Nichtsdestotrotz ist uns bewusst, dass sich in dieser sprachlichen Darstellung nicht alle Geschlechteridentitäten wiederfinden. Wir möchten deshalb an dieser Stelle explizit darauf hinweisen, dass wir unter Gendergerechtigkeit alle sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten jenseits der Zweigeschlechterordnung verstehen.

Literatur

Bauhardt, C./Caglar, G. (2010): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

„Sozial-weibliche und ökologische Reproduktivität sind die Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftens.“

- Ferrant, G./Pesando, L. M./Nowacka, K. (2014): Issues Paper: Unpaid Care Work: The missing link in the analysis of gender gaps in labour outcomes. OECD Development Centre. www.oecd.org/dev/development-gender/Unpaid_care_work.pdf
- Floro, M. S. (2012): The Crises of Environment and Social Reproduction. Understanding their Linkages. In: Journal of Gender Studies 15: 13–31.
- Hauff, V. (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft – Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven, Eggenkamp Verlag.
- Koalitionsvertrag (2018): Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=5

AUTOR/INNEN + KONTAKT

Katja George ist Agrarökonomin und studentische Mitarbeiterin am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung. In ihrer Masterarbeit analysiert sie Genderaspekte von Arbeit in alternativer Landwirtschaft.



Santje Kludas, M. A. Political Economy of European Integration arbeitet am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und forscht zur Lohnarbeitszeitverkürzung und deren Nachhaltigkeitspotenzial. Aktuell liegt ihr Schwerpunkt auf kollaborativen Praktiken, Digitalisierung und Plattformökonomie. Sie ist Preisträgerin der Politea-Medaille der Hochschule für Wirtschaft und Recht.



Nina Prehm, M. A. Political Economy of European Integration, ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und Preisträgerin der Politea-Medaille der Hochschule für Wirtschaft und Recht für herausragende Arbeiten auf dem Gebiet der Frauen- und Geschlechterforschung.



Clara Wolff, M. Sc. Volkswirtschaftslehre, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und arbeitet zu den Themenschwerpunkten Digitalisierung und Plattformökonomie.



Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), GmbH, gemeinnützig, Potsdamer Str. 105, 10785 Berlin. Tel.: +49 30 884594-0; E-Mail: mailbox@ioew.de